

Fakten zur aktuellen Verteilungssituation

24. Juni 2025

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Während die reichsten zehn Prozent der deutschen Bevölkerung über mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens verfügen, besitzt die ärmere Hälfte der Gesellschaft lediglich 2,5 Prozent. Diese extreme Vermögenskonzentration verschärft sich durch die Klimakrise, da Superreiche das Klima massiv belasten, aber oft kaum besteuert werden und damit enorme Kosten für die Allgemeinheit hinterlassen. Durch die zunehmenden Krisen: von der Pandemie über den Ukrainekrieg bis zur Inflation, verstärken sich die Verteilungskämpfe zusätzlich, während sich die Vermögen an der Spitze weiter konzentrieren.

Umfassender Ansatz für mehr Gerechtigkeit

Die DGB-Konferenz verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz und beleuchtet das Thema Verteilungsgerechtigkeit aus verschiedenen Blickwinkeln. Dabei werden nicht nur statistische Daten analysiert, sondern auch die konkreten Lebenswirklichkeiten von Menschen in Deutschland betrachtet: von Superreichen bis hin zu jenen in prekären Verhältnissen. Wir setzen einen zentralen Schwerpunkt auf die Verteilung der Daseinsvorsorge, da diese oft unbeachtet bleibt, wenn man über die Verteilung redet. Dabei ist die Daseinsvorsorge von zentraler Bedeutung, da ärmere Menschen mehr öffentliche Daseinsvorsorge in Anspruch nehmen, weil die privaten Alternativen für sie zu teuer sind.

Die zentralen Themenschwerpunkte der Konferenz:

Datengrundlagen und Fakten verstehen: Die verfügbaren Daten zur Verteilungssituation zeichnen ein eindeutiges Bild wachsender Ungleichheit, doch ihre Interpretation und öffentliche Wahrnehmung sind oft umstritten. Die Konferenz analysiert systematisch, welche klaren Aussagen sich anhand verfügbarer Daten treffen lassen und wie der komplexe Zusammenhang zwischen funktionaler Einkommensverteilung (zwischen Kapital und Arbeit), persönlicher Einkommensverteilung und Vermögensverteilung zu verstehen ist. Welche Indikatoren eignen sich zur präzisen Darstellung der Verteilungssituation? Nur mit einer soliden

empirischen Grundlage lassen sich eine fundierte Analyse der aktuellen Situation und wirksame Gegenmaßnahmen gegen die Einkommens- und Vermögensungleichheit entwickeln.

Lebensrealitäten sichtbar machen: Hinter den statistischen Zahlen wie dem Gini-Koeffizienten oder Medianeinkommen stehen Menschen mit konkreten Lebenssituationen. Während Reichtum oft glorifiziert wird, bleibt Armut meist unsichtbar. Menschen, die auf Sozialtransfers angewiesen sind, erleben zunehmend gesellschaftlichen Druck und Abwertung. Die Konferenz wirft einen detaillierten Blick auf die Lebensumstände von Superreichen einerseits und Menschen in prekären Verhältnissen andererseits: Was bedeutet es konkret, in Deutschland arm oder reich zu sein? Warum ist der eine reich und die andere arm, und welche strukturellen Veränderungen wären denkbar?

Klimagerechtigkeit und globale Perspektive: In Zusammenarbeit mit Oxfam und Greenpeace wird die enge Verknüpfung von globaler Ungleichheit und Klimakrise beleuchtet. Die neuesten Oxfam-Studien zeigen dramatische Zahlen: Die 50 reichsten Milliardäre der Welt verursachen durch ihre Investitionen, Privatjets und Yachten in nur 90 Minuten mehr Treibhausgas als ein Mensch im weltweiten Durchschnitt in einem ganzen Leben. 125 Milliardäre sind durch ihre Investitionen für so viele Emissionen verantwortlich wie eine Million Menschen aus den ärmeren 90 Prozent der Weltbevölkerung zusammen: insgesamt 393 Millionen Tonnen CO₂ jährlich, so viel wie ganz Frankreich. Diskutiert wird, wie eine Milliardärssteuer zu mehr Klimagerechtigkeit und fairer Finanzierung von Klimaschutz beitragen kann, da Superreiche weltweit oft kaum besteuert werden und damit enorme Kosten für die Allgemeinheit hinterlassen.

Konkrete Reformansätze für mehr Gerechtigkeit

Steuergerechtigkeit verwirklichen: Angesichts knapper öffentlicher Kassen und hoher Investitionsbedarfe in Infrastruktur, Klimaschutz und Bildung diskutiert die Konferenz, wie ein gerechtes Steuersystem aussehen muss. Wer braucht steuerliche Entlastung, und wer sollte mehr zum Gemeinwesen beitragen? Steuern sind dabei nicht nur ein Instrument der Umverteilung, sondern auch ein demokratisches Korrektiv: Eine gerechtere Besteuerung von Superreichen kann deren übermäßigen politischen Einfluss begrenzen. Dies ist besonders relevant in Zeiten, in denen Milliardäre direkt in Regierungen einziehen und die Politik maßgeblich prägen – wie aktuell in den USA zu beobachten ist.

Die Konferenz entwickelt Reformvorschläge für eine Steuerpolitik, die sowohl soziale Gerechtigkeit als auch demokratische Teilhabe stärkt.

Tarifpolitik stärken: Lange bevor der Staat umverteilt, erkämpfen Gewerkschaften in Tarifverhandlungen gerechtere Löhne. Doch die Tarifbindung ist in den letzten Jahrzehnten dramatisch gesunken: Während

1998 noch 76 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland unter Tarifschutz standen, sind es heute nur noch rund 49 Prozent. Das ist nicht nur ein Problem für die Löhne, denn Beschäftigte ohne Tarifvertrag verdienen im Schnitt 11 Prozent weniger als Beschäftigte mit Tarifvertrag, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt. Diese "Primärverteilung" zwischen Kapital und Arbeit spielt eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung von Ungleichheit. Tarifverträge sorgen nachweislich für höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und weniger Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern. Deshalb ist es wichtig, dass es mehr Tarifverträge gibt und das im Koalitionsvertrag verankerte Bundestariftreuegesetz schnell umgesetzt wird. Die Konferenz diskutiert, wie das System der Tarifverhandlungen gestärkt und effektiver gemacht werden kann, wie Armut trotz Arbeit verhindert wird und wie verhindert werden kann, dass Menschen in Arbeit gegen Arbeitslose ausgespielt werden.

Daseinsvorsorge ausbauen:

Bildung, Betreuung, Mobilität, Wohnen und Gesundheitsversorgung sind entscheidend für gleichere Chancenverteilung. Doch die soziale Infrastruktur ist vielerorts unterfinanziert: In deutschen Schulen werden bis 2030 ca. 60.000 Lehrkräfte fehlen und die Investitionslücke in die kommunale Infrastruktur beträgt geschätzte 180 Milliarden Euro. Die Konferenz entwickelt Konzepte, wie Daseinsvorsorge ausgestaltet sein muss, um Ungleichheiten wirksam zu reduzieren und welche Akteure dabei eine Rolle spielen. Am konkreten Beispiel der frühkindlichen Bildung wird diskutiert, wie Prävention zukünftiger Ungleichheiten gelingen kann.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen:

In Deutschland kann jede zweite erwerbstätige Frau ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen bestreiten und ist somit finanziell abhängig. Im Jahr 2024 lag der Gender Pay Gap bei 16 Prozent. Frauen arbeiten zudem deutlich häufiger in Teilzeit – im öffentlichen Dienst betrifft das 49,2 Prozent der Frauen, während nur 12,9 Prozent der Männer in Teilzeit beschäftigt sind. Gleichzeitig übernehmen Frauen den Großteil der unbezahlten Sorgearbeit, was ihre ökonomische Eigenständigkeit stark einschränkt. Die Konferenz nimmt die strukturellen Ursachen dieser Ungleichheit in den Blick und diskutiert konkrete Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen: von einer besseren Bezahlung in sozialen und pflegerischen Berufen bis hin zu einer gerechteren Verteilung der Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern.